

## Antrag

der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Steffen Kotré, Tobias Matthias Peterka, Dr. Rainer Rothfuß, Jan Wenzel Schmidt, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

### Vielfalt in der Förderpolitik bewahren – Keine einseitige Ausrichtung an der sogenannten sozial-ökologischen Transformation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Traditionell stellt der deutsche Staat privaten Unternehmen und privaten Haushalten zahlreiche Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Exemplarisch ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) zu nennen, mit dem die Bundesregierung kreative Unternehmen jährlich mit einem dreistelligen Millionenbetrag bei der Realisierung guter Ideen unterstützt.

Bisher erfolgt die Förderung durch die Bundesregierung im Wesentlichen ideologiefrei. Es geht um die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke. Das Ziel des ZIM ist es beispielsweise, zum volkswirtschaftlichen Wachstum beizutragen, insbesondere durch die Erschließung von Wertschöpfungspotenzialen und die Hebung des Niveaus anwendungsnahen Wissens.<sup>1</sup>

Im Geleitwort zum Jahreswirtschaftsberichten 2022 verabschiedete sich Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck ausdrücklich von einer ideologiefreien und ergebnisoffenen Förderpolitik. Er schrieb: „Wir dürfen kein Wirtschaften mehr fördern, das zu fossilem Energieverbrauch, Umweltzerstörung und sozialer Ungerechtigkeit beiträgt.“<sup>2</sup>

Der Deutsche Bundestag lehnt diese radikale Einengung der Förderpolitik kategorisch ab. Er ist der Auffassung, dass eine derartige Vorgabe die deutsche Förderpolitik missbrauchsanfällig werden lässt und ad absurdum führt.

Absurd wird sie, da es so gut wie kein Wirtschaften gibt, das nicht auf irgendeine Art und Weise zu fossilem Energieverbrauch führt. Wie der Sachverständige Prof.

<sup>1</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Mittelstand/innovationsfinanzierung-zim.html>

<sup>2</sup> Bundestagsdrucksache 20/520 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/005/2000520.pdf>), S. 6.

Dr. van Suntum bei der öffentlichen Anhörung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Europa vor dem Wirtschaftsausschuss dargelegt hat, führt die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland und Europa einfach nur zu Verlagerungseffekten.

Was hier an fossiler Energie wegen der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“ dem Anschein nach eingespart wird, wird stattdessen woanders in der Welt verbraucht. Der fossile Energieverbrauch lässt sich demnach nicht durch eine Umstellung des Wirtschaftens in Deutschland verringern.<sup>3</sup> Insofern wäre nach der oben zitierten Vorgabe Dr. Robert Habecks gar kein Wirtschaften mehr förderwürdig.

Missbrauch ist nach Ansicht des Deutschen Bundestages zu befürchten, da „Umweltzerstörung“ und „soziale Ungerechtigkeit“ beliebig dehn- und interpretierbare Begriffe sind, die der Exekutive zu viel Raum für willkürliche Entscheidungen lassen. Diese Gefahr lässt sich anhand der massiven Förderung der Windenergie in Deutschland verdeutlichen. Der Bau von Windenergieanlagen wird unter anderem auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2023 und des Förderprogramms „Bürgerenergiegesellschaften‘ bei Windenergie an Land“ subventioniert.<sup>4</sup> Hintergrund ist, dass Windenergie als „klimaneutral“ gilt und somit angeblich dem sogenannten Klimaschutz dient. Es ist jedoch bekannt, dass Windenergieanlagen auf der anderen Seite auch umweltschädliche und, im Falle von Windindustriearalen, sogar klimaverändernde Wirkungen haben. So zerschellen jährlich bis zu 100.000 Vögel (nach manchen Berechnungen auch mehr als 200.000<sup>5</sup> oder sogar 800.000<sup>6</sup> Vögel), etwa 250.000 Fledermäuse sowie andere Tiere wie Insekten an den Rotoren.<sup>7</sup> Außerdem zeigen aktuelle Studien, dass Windindustriearale offenbar das regionale Klima aufheizen und das Risiko von Dürreperioden erhöhen.<sup>8</sup> Die Entscheidung darüber, ob Windenergie die Umwelt schützt oder zerstört, ist also keineswegs trivial und setzt eine genaue Gewichtung der einzelnen Faktoren voraus. Es ist nach Überzeugung des Deutschen Bundestages willkürlich, dass sich die Bundesregierung einseitig auf die vermeintlich „klimaschützende“ Wirkung von Windenergie beruft, ihre umweltschädliche und klimatisch nachteilige Wirkung hingegen ignoriert oder kleinredet. Ähnlich willkürliche Förderentscheidungen sind überall zu erwarten, wo sich die Bundesregierung auf den schwammigen Begriff „Umweltzerstörung“ berufen kann. Das gleiche gilt für den Begriff der „sozialen Ungerechtigkeit“.

Die Bundesregierung hat die nach Ansicht des Deutschen Bundestages absurde und zum Missbrauch einladende Vorgabe Dr. Robert Habecks zur Förderpolitik bereits an mehreren Stellen umgesetzt. Klar sieht man die vorherrschende Tendenz in der Tatsache, dass die „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ ausgebaut wird,<sup>9</sup> wohingegen das tendenziell unideologische ZIM zunächst ausgesetzt und dann nur unter deutlichen strengeren Aufla-

<sup>3</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=o6p\\_ji6t1bA](https://www.youtube.com/watch?v=o6p_ji6t1bA)

<sup>4</sup> [https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMWi/buergerenergiegesellschaften-wind-land.html#:~:text=Sie%20erhalten%20die%20F%C3%B6rderung%20als,2023%20\(%20EEG%202023\)%20erh%C3%A4lt.](https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMWi/buergerenergiegesellschaften-wind-land.html#:~:text=Sie%20erhalten%20die%20F%C3%B6rderung%20als,2023%20(%20EEG%202023)%20erh%C3%A4lt.)

<sup>5</sup> Erickson, W. P. et al.: A Comprehensive Analysis of Small-Passerine Fatalities from Collision with Turbines at Wind Energy Facilities. PLOS ONE 9 (9), 2014

<sup>6</sup> [https://www.swissinfo.ch/eng/sci-tech/wildlife-impact\\_one-wind-turbine-kills-17-birds-a-year/42712780](https://www.swissinfo.ch/eng/sci-tech/wildlife-impact_one-wind-turbine-kills-17-birds-a-year/42712780)

<sup>7</sup> <https://www.mdr.de/brisantratgeber/windkraftanlage-mindestabstand-102.html>

<sup>8</sup> <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/700177/Alarmierende-Studien-Windraeder-koennten-Klimawandel-verstaerken-und-Duerren-ausloesen>

<sup>9</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/05/20230501-bmwk-baut-foerderung-zur-dekarbonisierung-von-unternehmen-aus.html>

gen und Einschränkungen wieder aufgesetzt wurde. Der Geschäftsführer des Verbandes Innovativer Unternehmen (VIU) kommentiert, dass das ZIM wieder fährt, „aber mit deutlich stotterndem Motor.“<sup>10</sup>

Die Einseitigkeit der aktuellen Förderpolitik zeigt sich besonders in den neuartig scheinenden Instrumenten der Klimaschutzverträge und der sogenannten Grünen Leitmärkte, die der Bundesregierung besonders wichtig sind.<sup>11</sup> Klimaschutzverträge richten sich ausschließlich an Unternehmen, die vermeintlich „klimafreundlich“ produzieren. Einem Unternehmen mit einem solchen Vertrag zahlt die Bundesregierung eine „Ausgleichszahlung, die es für die höheren Kosten der klimaneutralen Produktion entschädigt, und sichert gleichzeitig das Unternehmen gegen Schwankungen des CO<sub>2</sub>-Preises und andere Risiken ab.“<sup>12</sup> Auch die „Grünen Leitmärkte“ leiten Steuermittel ausschließlich in Richtung von vermeintlich „klimaneutral“ produzierenden Unternehmen um. Nach der Definition des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ist ein „Grüner Leitmarkt“ ein „staatlich geschaffener oder geförderter Markt für klimaneutral produzierte Produkte. Der Staat kann bestimmte klimaneutral produzierte Güter oder Grundstoffe (z. B. ‚grünen‘ Stahl) in seiner eigenen Beschaffung bevorzugt verwenden. Alternativ oder ergänzend kann er durch regulatorische Maßnahmen vorschreiben, dass die privaten Haushalte und Unternehmen in bestimmten Bereichen oder unter bestimmten Bedingungen klimaneutral produzierte Güter verwenden müssen, oder er kann ihnen Vorteile gewähren, wenn sie das tun. Dadurch entstehen neue Märkte, die eine klimaneutrale Produktion über den Marktmechanismus in Gang setzen.“<sup>13</sup>

In ähnlicher Weise bezeichnend ist, dass die Bundesregierung die Förderprogramme Innovationskompetenz (INNO-KOM) und Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) mit ihren neuen Förderrichtlinien seit 2023 zu Instrumenten der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“ umgebaut hat. Im Rahmen der neuen Förderrichtlinie zu INNO-KOM haben Forschungsvorhaben, die vermeintlich zur „Dekarbonisierung“, zum „Klimaschutz“, der Ressourceneffizienz oder zur Nachhaltigkeit in strukturschwachen Regionen beitragen, bei gleicher Qualität Vorrang.<sup>14</sup> Und in der neuen Förderrichtlinie IGF ist der Unterpunkt 2.4 hinzugekommen. Demnach wird nun ausdrücklich erwartet, „dass die geförderten IGF-Vorhaben Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Treibhausgasneutralität bis 2045 berücksichtigen. Dies wird auch Gegenstand der Erfolgskontrolle sowie einer möglichen externen Evaluation sein.“<sup>15</sup>

Die Förderprogramme aus dem Sondervermögen des European Recovery Program (ERP) hat die Bundesregierung ebenfalls ideologisch umgebaut. Das ERP-Sondervermögen war ursprünglich im Jahre 1948 aus Mitteln für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg hervorgegangen („Marshallplanhilfe“). Stand zunächst der Wohnungsbau im Vordergrund, ist es seit den 1960er Jahren die Förderung der mittelständischen Wirtschaft.<sup>16</sup> Laut den Vorstellungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz soll die Förderkraft des ERP-Sondervermögens in Zukunft einen Beitrag dazu leisten, die Transformation der deutschen Wirtschaft voranzutreiben.

<sup>10</sup><https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zim-nach-antragstopp-wirtschaftsminister-foerdert-wieder-innovative-mittelstaendler/28571258.html>

<sup>11</sup>[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/transformation-zu-einer-klimaneutralen-industrie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1, S. 3](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/transformation-zu-einer-klimaneutralen-industrie.pdf?__blob=publicationFile&v=1, S. 3)

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup>[https://www.innovation-beratung-foerderung.de/INNO/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Aktuelles/2023/230112\\_Neue-Richtlinie-INNO-KOM.html](https://www.innovation-beratung-foerderung.de/INNO/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Aktuelles/2023/230112_Neue-Richtlinie-INNO-KOM.html)

<sup>15</sup> [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/I/igf-richtlinie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4, S. 2](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/I/igf-richtlinie.pdf?__blob=publicationFile&v=4, S. 2)

<sup>16</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Mittelstand/erp-sondervermoegen.html>

Die Umstellung der Energieversorgung auf sogenannte erneuerbare Energien, der Wechsel hin zu nachhaltigen Produktionsverfahren sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz erfordern nämlich laut Bundesministerium von kleinen und mittleren Unternehmen erhebliche Investitionen.<sup>17</sup> Das neue Förderprogramm „Grüne ERP-Globaldarlehen Leasing“<sup>18</sup> ist beispielsweise schon darauf ausgelegt, die Transformation der deutschen Wirtschaft voranzutreiben.

Ganz im Mittelpunkt steht die „sozial-ökologische Transformation“ in der „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ (EEW). Sämtliche Module dieses Programms sind darauf ausgerichtet, Unternehmen dazu zu bringen, den ideologischen Vorstellungen der Bundesregierung zu entsprechen.<sup>19</sup> Das gilt insbesondere auch für die im Mai 2023 in Kraft getretene neue EEW-Richtlinie. Demnach können ab diesem Zeitpunkt kleine und mittlere Unternehmen Förderung für den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf elektrische Prozesse beantragen.<sup>20</sup> Mit dieser Art der Förderung wird nach Ansicht des Deutschen Bundestages die Axt an den deutschen Mittelstand gelegt. Denn der Erfolg des deutschen Mittelstands mit seinen zahlreichen „Hidden Champions“ ruht nach Überzeugung des Deutschen Bundestages gerade auf der unternehmerischen Freiheit, die in der Sozialen Marktwirtschaft gewährt wird. Mit der gezielten Lenkung des Mittelstands in Richtung von bestimmten, ideologisch begründeten und vorgegebenen Investitionen werden dem Mittelstand nach und nach die Kraft und die Motivation zu wahren Innovationen genommen.

Abgesehen davon lehnt der Deutsche Bundestag die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Strom, welche die Bundesregierung unter anderem auch im Rahmen der großangelegten „Wärmewende“<sup>21</sup> mit zahlreichen Förderprogrammen<sup>22</sup> betreibt, ganz grundsätzlich ab. Zunächst einmal ist sie selbst vom Standpunkt der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“ aus gesehen fragwürdig, da Deutschland dadurch verstärkt auf den Import von Strom aus ausländischen Kohle- und Kernkraftwerken angewiesen ist.<sup>23</sup>

Darüber hinaus zeigt sich aber gerade auch in der Förderpolitik, wie einseitig und unüberlegt die Vorgehensweise der Bundesregierung ist. Besonders deutlich wird das nach Überzeugung des Deutschen Bundestages an den Plänen der Bundesregierung zu den sogenannten „Industriestrompreisen“. Während die EEW und die „Wärmewende“ die Umstellung auf Strom fördern und somit den Strompreis in die Höhe treiben, sollen mit dem geplanten Förderinstrument der „Industriestrompreise“ wettbewerbsfähige Strompreise für die energieintensiven Unternehmen in Deutschland und Europa sichergestellt werden.<sup>24</sup> Die EEW erhöht die Strompreise, der „Industriestrompreis“ soll sie für ausgewählte Unternehmen wieder senken. Der Deutsche Bundestag erkennt hierin eine bedenkliche Interventionspirale, die beendet werden muss.

<sup>17</sup><https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/08/20230816-bundeskabinett-beschliesst-mittelstandsfoerderung-aus-dem-erp-sondervoegen-fuer-2024.html>

<sup>18</sup>[https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details\\_768832.html](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_768832.html)

<sup>19</sup> [https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Energieeffizienz\\_und\\_Prozesswaerme/energieeffizienz\\_und\\_prozesswaerme\\_node.html](https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Energieeffizienz_und_Prozesswaerme/energieeffizienz_und_prozesswaerme_node.html)

<sup>20</sup><https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/05/20230501-bmwk-baut-foerderung-zur-dekarbonisierung-von-unternehmen-aus.html>

<sup>21</sup><https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2023/03/05-waermewende.html>

<sup>22</sup> <https://www.waermewende.de/waermewende/eigentuerinnen-mieterinnen/foerderprogramme/>

<sup>23</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/plus244907036/Energiewende-Nach-dem-Atomausstieg-setzt-Deutschland-auf-Atom-und-Kohlestrom-aus-dem-Ausland.html>

<sup>24</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/05/20230505-habeck-legt-arbeitspapier-zum-industriestrompreis-vor.html>

Sie zeigt überdeutlich, dass der grundlegende Ansatz der Umstellung auf Strom verkehrt ist und mit den sich gegenseitig aufhebenden Förderinstrumenten inhaltlich nichts erreicht werden kann, der deutsche Steuerzahler jedoch massiv belastet wird.

Im Übrigen schlägt sich die im Namen der „sozial-ökologischen Transformation“ betriebene Förderpolitik der Bundesregierung auch bei der Behandlung der Familien nieder. Die Ampel-Koalition hat sich dazu entschlossen, das Instrument des Baukindergeldes, mit dem bedürftige Familien beim Erwerb von Wohneigentum bisher unterstützt wurden, nicht mehr zu erneuern.<sup>25</sup> Das Nachfolgeprogramm „Wohneigentumsförderung für Familien“ fördert Familien nur noch dann, wenn sie ideologische Kriterien erfüllen. Gefördert werden nämlich ausschließlich der Neubau und der Erstkauf „klimafreundlicher“ Wohngebäude und Eigentumswohnungen.<sup>26</sup> Abgesehen von dem ideologischen Aspekt bemängelt der Deutsche Bundestag, dass dieses Förderprogramm strukturschwache Regionen benachteiligt. Familien, die in einer strukturschwachen Region wohnen, in der es viele Altbauten gibt und Neubauten daher wenig sinnvoll oder auch unmöglich sind, kommen für dieses Förderprogramm von Vorneherein gar nicht erst in Frage.

Der Deutsche Bundestag plädiert mit Nachdruck dafür, die von der Bundesregierung zum Zweck der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“ eingesetzten Mittel wieder einer unideologischen Verwendung zuzuführen. Angesichts der problematischen Situation des Deutschen Mittelstandes wäre es dringend geboten, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) grundsätzlich zu entlasten, anstatt sie zu Instrumenten des ideologischen Umbaus unserer Gesellschaft zu degradieren. Geeignet wäre zum Beispiel die in dem Antrag mit der BT-Drucksache 20/5552 beschriebene tiefgehende Befreiung der KMU von bürokratischem Erfüllungsaufwand, da dieser Aufwand die KMU bekanntermaßen unverhältnismäßig stark belastet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die sogenannte „sozial-ökologische Transformation“ der deutschen Wirtschaft und der deutschen Gesellschaft unverzüglich zu beenden;
2. die wirtschaftliche und finanzielle Förderung von Unternehmen und Haushalten ideologiefrei durchzuführen und nicht zu einem Instrument des „sozial-ökologischen“ Umbaus der deutschen Gesellschaft umzufunktionieren;
3. den Unterpunkt 2.4 der Förderrichtlinie „Industrielle Gemeinschaftsforschung“, wonach die geförderten Vorhaben Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der „Treibhausgasneutralität“ bis 2045 berücksichtigen sollen, ersatzlos und mit sofortiger Wirkung zu streichen;
4. den Unterpunkt 7.2 der „Richtlinie zur Förderung der Innovationskompetenz mit gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen“, wonach Vorhaben, die zur „Dekarbonisierung“, zum „Klimaschutz“, der Ressourceneffizienz oder zur Nachhaltigkeit in strukturschwachen Regionen beitragen, bei gleicher Qualität Vorrang haben, ersatzlos und mit sofortiger Wirkung zu streichen;

<sup>25</sup><https://www.spiegel.de/wirtschaft/kfw-kredite-fuer-familien-das-ist-der-nachfolger-fuers-baukindergeld-a-e0fac587-23f9-41cd-8caf-4687abba2743>

<sup>26</sup>[https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Wohneigentum-P%C3%BCr-Familien-\(300\)/](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Wohneigentum-P%C3%BCr-Familien-(300)/)

5. die Verschärfung der Auflagen beim Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, die nach dem zehnmonatigen Pausieren des Programms im Jahre 2022 eingetreten ist, wieder rückgängig zu machen;
6. die Umfunktionierung der Förderprogramme aus dem Sondervermögen des European Recovery Program zu Instrumenten der „sozial-ökologischen Transformation“ zu beenden und insbesondere das Förderprogramm „Grüne ERP-Globaldarlehen Leasing“ zu stoppen;
7. alle Zahlungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, vollständig und ersatzlos zu streichen, alle bereits gewährten Zahlungen und Begünstigungen nach dem EEG für bestehende Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes schnellstmöglich zu beenden und das EEG unmittelbar nach Auslaufen der letzten Regelungen für bestehende Anlagen vollständig und ersatzlos zu streichen;
8. die „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ (EEW) unter der Prämisse der Rechtssicherheit vollständig zu streichen;
9. die sogenannte „Wärmewende“ und die damit verbundenen Förderprogramme unverzüglich zu beenden;
10. das Instrument der Klimaschutzverträge, womit das Angebot von an sich unrentablen Produkten künstlich mit Hilfe von Steuermitteln erhöht werden soll, als ideologisch zu verwerfen und es stattdessen den freien und nicht manipulierten Entscheidungen der Bürger zu überlassen, ob und wie weit sie „klimaneutral“ hergestellte Produkte nachfragen wollen. Für den Abschluss von Klimaschutzverträgen vorgesehene Mittel im Bundeshaushalt, beispielsweise im Titel „Dekarbonisierung der Industrie“ (6092 892 01), sind daher einzusparen;
11. das Instrument der „Grünen Leitmärkte“, womit Nachfrage nach unrentablen Produkten künstlich mit Steuermitteln und Vorschriften geschaffen werden soll, als ideologisch zu verwerfen und beispielsweise von einer auf die Schaffung „Grüner Leitmärkte“ ausgerichteten Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abzusehen, und es stattdessen den freien Entscheidungen der Bürger zu überlassen, ob und wie weit sie „klimaneutral“ hergestellte Produkte nachfragen wollen;
12. die durch die unter den Nummern 7-11 genannten Maßnahmen freigewordenen Mittel dafür zu verwenden, kleine und mittlere Unternehmen gemäß dem im Antrag mit der BT-Drucksache 20/5552 beschriebenen Vorgehen von überverhältnismäßiger Belastung durch bürokratischen Erfüllungsaufwand zu befreien;
13. das Förderprogramm „Wohneigentumsförderung für Familien“, welches einseitig nur solche Bauvorhaben unterstützt, die vermeintlich „klimaneutral“ sind, schnellstmöglich zu beenden.

Berlin, den 11. November 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt